

HEUSS-FORUM 2/2019

Nicolas Batteux

**Die 68er-Bewegung mitten im Parlament:
Selbstverständnis der französischen und
westdeutschen Abgeordneten als Verkörperung
der Demokratie am Beispiel der Sozialisten
und Sozialdemokraten (1967 – 1972)**

**Theodor-Heuss-Kolloquium 2019
Democracy Revisited. Praktiken, Ordnungen
und Begrenzungen der liberalen Demokratie
von den 1940er Jahren bis zur Gegenwart
10.–11. Oktober 2019**

In Kooperation mit der
Akademie für Politische Bildung Tutzing



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

Nicolas Batteux

Die 68er-Bewegung mitten im Parlament: Selbstverständnis der französischen und westdeutschen Abgeordneten als Verkörperung der Demokratie am Beispiel der Sozialisten und Sozialdemokraten (1967–1969)

Die 68er-Bewegung entwickelte sich in einer Zeit, in der ein Teil der Bevölkerung, insbesondere die studentische Jugend, ein allgemeines Misstrauen gegenüber der traditionellen Autorität hegte. Genauer gesagt wurde das Parlament sowohl in Frankreich als auch in der Bundesrepublik zur Zielscheibe der öffentlichen Kritik und als ineffiziente Institution gebrandmarkt. In Deutschland entwickelte sich die Außerparlamentarische Opposition (APO), zu der man auch die Studentenbewegung zählt. Sie verstand sich als Alternative zu einem Bundestag, in dem sich die Opposition nach Bildung der Großen Koalition 1966 auf die FDP beschränkte. In Frankreich wurde das Bild der Nationalversammlung als machtlose Institution während der Ereignisse vom Mai 1968 verbreitet. Die protestierenden Studierenden liefen an der Nationalversammlung vorbei, ohne sie jedoch angreifen zu wollen, denn in der politischen Sphäre Frankreichs war die *Assemblée nationale* unbedeutend geworden bzw. hatte stark an Bedeutung eingebüßt. In dieser Hinsicht wurde das Parlament als Verkörperung der Demokratie und der Volksvertretung durch die Hauptakteure der 68er-Bewegung infrage gestellt bzw. als

defizitär identifiziert¹. Wie aber schätzten die Abgeordneten ihre eigene Rolle im Laufe der 68er-Bewegung ein? Im Rahmen dieses Beitrags werde ich mich mit denjenigen Fraktionen befassen, die der 68er-Bewegung programmatisch am nächsten standen, nämlich mit der SPD-Bundestagsfraktion sowie mit der Fraktion der FGDS (*Fédération de la gauche démocrate et socialiste*). Zunächst werde ich auf die zeitgenössische Wahrnehmung des Parlamentarismus in beiden Ländern eingehen, da sich beide Fraktionen in zwei sehr verschiedenen nationalen Kontexten bewegten. Danach werde ich den Diskurs der Fraktionen in jener Krisenzeit analysieren, um die eigene Positionierung sowie die Widersprüche der FGDS- und der SPD-Fraktionen zu beleuchten. Abschließend betrachte ich den Blick der Abgeordneten auf das Parlament als Ort der Demokratie.

1. Unterschiedliche Ausgangslagen: zum Parlamentarismus und zum Status der westdeutschen Sozialdemokraten und französischen Sozialisten

Just als die 68er-Bewegung aufkam, erholte sich die parlamentarische Demokratie nach problematischen Zeiten, die zu unterschiedlichen Wahrnehmungen des Parlaments in Frankreich und in der Bundesrepublik führten. Die politische Kultur spielte eine immense Rolle, da sich die deutschen Abgeordneten, von denen 1965 die Hälfte älter als 50 Jahre alt waren², auf Ereignisse beriefen, die für die

¹ Droit, Emmanuel. „Bonn n'est pas Weimar? Le mouvement ouest-allemand vu par les députés du Bundestag en 1968.“ *Parlement[s], revue d'histoire politique*, 2008/1, n°9, S. 121.

² Hesse, Joachim Jens; Hellwein, Thomas. *Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland*.

Generation der Demonstranten nicht in demselben Maße aussagekräftig waren wie für ihre eigene Generation. Die Erfahrungen von Weimar und vom Nationalsozialismus führten zu einer unerschütterlichen Verteidigung der Demokratie und des Parlamentarismus durch Abgeordnete wie Egon Franke³. Wie Emmanuel Droit feststellte, entstanden Probleme zwischen der Generation der Abgeordneten und den Studenten aufgrund der unterschiedlichen Interpretationen des Begriffs der Demokratie: Abgeordnete, die den politischen Autoritarismus des Deutschen Reichs, die Erschütterungen der Weimarer Republik und das Dritte Reich erlebt hatten, konnten die Bundesrepublik nur als Erfolgsgeschichte betrachten und die Verdienste dieser Republik hervorheben. Dagegen betonte die Jugend, die nur die Demokratie der Bundesrepublik erlebt hatte, die demokratischen Defizite der BRD und erwies sich in ihrer Definition der Demokratie als anspruchsvoller⁴.

In Frankreich dagegen hatte das Scheitern der Vierten Republik zur Entstehung einer stärker an der Exekutive orientierten Verfassung in der 1958 gegründeten Fünften Republik beigetragen. Wie Adolf Kimmel feststellte, haben die Dritte und Vierte Republik durch ihre Instabilität dazu geführt, dass die Gründer der Fünften versucht haben, dieses Defizit zu kompensieren. In dieser Hinsicht haben sie die Rolle des Parlaments, neben dem Parteiensystem⁵, als Ursache dieses Defizits identi-

fiziert. Die Fünfte Republik basierte dementsprechend auf einer Abwertung des Parlaments. Das Referendum, das auf Initiative Charles De Gaulles im Oktober 1962 organisiert wurde, markierte einen weiteren Schritt in Richtung der fortschreitenden Entmachtung des Parlaments. Der Präsident wurde fortan nicht mehr durch einen Zusammenschluss von Wählern gewählt, sondern in einer Direktwahl vom französischen Volk. De Gaulles Vorschlag wurde vom Volk akzeptiert und markierte einen weiteren Bruch mit den Parlamentariern, die sich in den Debatten über die 68er-Bewegung oft auf dieses Ereignis beriefen, um den antiparlamentarischen Charakter des Regimes zu unterstreichen⁶. De Gaulle pflegte das Bild des *homme providentiel*, das mit einem starken Parlament nicht in Einklang zu bringen war.

Daher sahen sich beide Parlamente in dieser Krisenzeit mit zwei entgegengesetzten Selbstverständnissen konfrontiert.

Die Diskrepanz zwischen SPD- und FGDS-Abgeordneten spitzte sich durch den Status der jeweiligen Fraktionen um 1968 noch zu: Die SPD wurde ab Ende 1966 Mitglied der Großen Koalition mit der CDU/CSU, während die FGDS, die seit 1965 ein Bündnis der nichtkommunistischen linksorientierten Parteien bildete, sich seit Beginn der Fünften Republik in der Opposition befand. Für beide Parteien waren somit die Ausgangslage wie

Bd 2: *Materialien*. Berlin: Walter de Gruyter, 2004, S. 430.

³ Franke, Egon. „Aus dem Leben eines Funktionärs. Offener Brief an einen jungen Anhänger der APO.“ *Neue Gesellschaft*, 15, 1968, S. 473–477.

⁴ Droit, Emmanuel. op. cit., S. 122.

⁵ Kimmel, Adolf. „Die Nationalversammlung in der V. Republik: Ein endlich akzeptiertes Stiefkind?“ In:

Recker, Marie-Luise; Müller-Luckner, Elisabeth (Hrsg.). *Parlamentarismus in Europa: Deutschland, England und Frankreich im Vergleich*. München: Oldenbourg, 2004, S. 121.

⁶ Vgl. u.a. Französische Nationalversammlung – 3. Wahlperiode – Plenarsitzung am 10.10.1967 (2. Sitzung) [online]. Plenarprotokoll Nr. 75, Jahrgang 1967/1968 [17.8.2019] – URL: <http://archives.assemblee-nationale.fr/3/cr/1967-1968-ordinaire1/004.pdf> – S. 3448.

auch die ihr entgegengebrachten Erwartungshaltungen grundverschieden: Die SPD-Bundestagsfraktion musste beweisen, dass sie trotz der Kompromisse mit der CDU/CSU ihrer traditionellen Klientel treu blieb und ihre neu erworbene Regierungsverantwortung in die gesetzgeberische Arbeit umsetzen konnte. Die FGDS dagegen sollte demonstrieren, dass sie jenseits kritischer Worte auch praktisch effizient sein konnte und als berechenbare und glaubwürdige Opposition zu den Gaullisten fungieren konnte.

2. Zum Selbstverständnis der Abgeordneten in der Krisenzeit: Diskursive Strategien und deren praktische Umsetzung

Der Begriff der Mitbestimmung bzw. der *participation* wurde zum Schlüsselbegriff der 68er-Bewegung und betraf sowohl die Studenten, die sich auf die Straße begaben, als auch die FGDS-Abgeordneten, die nur geringen Einfluss auf die von den Gaullisten vorgeschlagenen Gesetze nehmen konnten⁷. Das folgende Zitat von Waldeck Rochet, Vorsitzender der Parti communiste français (PCF), fasst das Bild der Nationalversammlung zu-

⁷ Vgl. Chandernagor, André. „Man hat auch nachmittags sehr viel von einer notwendigen Mitbestimmung geredet. Genauso wie wir es uns wünschten, dass man diese Mitbestimmungsarbeit zunächst innerhalb des Parlaments erledigen würde!“ [Originaltext: „On a beaucoup parlé aussi, cet après-midi, d'une nécessaire participation. Comme nous souhaiterions que ce travail de participation se fasse d'abord au sein du Parlement !“] – Quelle: Französische Nationalversammlung – 3. Wahlperiode – Plenarsitzung am 22.5.1968 (3. Sitzung) [online]. Plenarprotokoll Nr. 33, Jahrgang 1968 [17.8.2019] – URL: <http://archives.assemblee-nationale.fr/3/crj/1967-1968-ordinaire2/031.pdf> – S. 2064.

sammen, das die linken Abgeordneten entwickelt hatten:

„So ist es in der Nationalversammlung. Seit zehn Jahren ist diese Versammlung eine Absegnungskammer ohne wahre Macht geworden. Bestimmt kann man dort schon reden, aber Demokratie ist nicht nur das Gespräch, sondern und vor allem die Teilnahme am Entschlussfassen, es ist die Möglichkeit für eine große Versammlung wie die unsere, über die wichtigen Richtlinien zu entscheiden. All das ist aber hier nicht möglich. (*Beifall der FGDS- und PCF-Abgeordneten*) Das Problem ist aber, dass es im gaullistischen System keinen wertvollen Gesprächspartner gibt.“⁸ (Übersetzung NB)

Im Kontext der 68er-Bewegung wurden dementsprechend nicht die Jugend und die streikenden Arbeiter zur Zielscheibe der Kritik der sozialistischen Parlamentarier, sondern die Gaullisten. Es herrschte ein Gegensatz zwischen Sozialisten, die sich als Herolde der studentischen Sache herausbilden wollten, und den Gaullisten, die für eine gewisse Kontinuität plädierten.

⁸ Originaltext: „Il en est ainsi avec l'Assemblée nationale. Depuis dix ans cette Assemblée est une chambre d'enregistrement sans pouvoir réel. Sans doute peut-on parler, mais la démocratie ce n'est pas seulement la discussion, c'est aussi, et surtout, la participation à l'élaboration des décisions, c'est la possibilité pour une assemblée comme la nôtre de décider des grandes options. Or, rien de tout cela n'est possible ici. (Applaudissements sur les bancs du groupe communiste et de la fédération de la gauche démocrate et socialiste.) C'est que dans le système gaulliste, il n'y a pas d'interlocuteur valable (...).“ – Quelle: Französische Nationalversammlung – 3. Wahlperiode – Plenarsitzung am 21.5.1968 (1. Sitzung) [online]. Plenarprotokoll Nr. 33, Jahrgang 1968 [17.8.2019] – URL: <http://archives.assemblee-nationale.fr/3/crj/1967-1968-ordinaire2/027.pdf> – S. 1986.

Die Situation der SPD-Abgeordneten war insofern komplizierter, als sie seit Ende 1966 Kompromisse mit ihrem christdemokratischen Koalitionspartner finden mussten. Die Stilisierung der eigenen Empörung fiel den französischen Abgeordneten relativ leicht, da sie nicht in Regierungsverantwortung standen und sich nicht innerhalb eines Bündnisses mit ihrem traditionellen Hauptgegner im Parlament befanden. Pathetische Klagen über den Verfall der Demokratie aufgrund der Regierungspolitik konnten sich die Sozialdemokraten dagegen nicht leisten. Das Solidaritätsprinzip der Koalitionsverbündeten entschärfte die Situation für die CDU, die die SPD für ihre vergangene Politik nur schwer kritisieren konnte. In diesem Sinne wurden die französische Nationalversammlung und der Deutsche Bundestag zu entgegengesetzten Orten der demokratischen Praxis im Laufe der 68er-Bewegung. Die Nationalversammlung entwickelte sich zu einer politischen Arena, die den Kristallisationspunkt der Spannungen zwischen Gaullisten und linker Opposition versinnbildlichte. Der Bundestag dagegen wurde zum Ort des Konsenses, wo die FDP nur eine zweitrangige Rolle als Opposition spielen konnte. Die erste und wichtigste Trennlinie verlief zwischen Bundestag und außerparlamentarischer Opposition, und nicht innerhalb des Bundestages selbst.

Die FGDS-Abgeordneten bemühten sich um eine Inszenierung als Vertreter der Protestierenden. In dieser Hinsicht wurde die Nationalversammlung im Mai 1968 zu einem hoch emotionalen Ort der Demokratie, wo die Abgeordneten ihrer Empörung freien Lauf ließen. Ich deute die damaligen Plenarsitzungen sogar als eine Art *reenactment* der Proteste, die auf der Straße stattfanden. Die Protagonisten waren sich dieser Dimension der Debatte bewusst, wie es die folgenden Bemerkungen

mehrere UD-V^e-Abgeordneter (*Union des démocrates pour la Cinquième République*) im Laufe der Plenardebatte am 14. Mai 1968 beweisen:

„**François Mitterrand (FGDS):** Aber Sie [Alain Peyrefitte, Bildungsminister] wissen wohl, dass das, was letzte Woche möglich war, als der Herr Premierminister zurückkam, letzten Freitag noch möglich war; und wenn Sie das getan hätten, hätten wir uns einen Aufruhr ersparen können. (*Beifall bei der FGDS und der KPF*)

Zurufe von der FGDS: Rücktritt! Rücktritt!

Marc Récent: Man hat den Eindruck, man wäre in Nanterre!

Präsident: Das Wort hat der Herr Innenminister.

Zurufe von der FGDS: Rücktritt! Rücktritt!

(Zurufe von der UD-V^e)

Pierre-Charles Krieg: Die Besessenen in Nanterre!

Präsident: Ich fordere die Versammlung auf, allen Rednern ruhig zuzuhören.

Michel Dreyfus-Schmidt: Darauf hätten Sie hinweisen sollen, als Herr Mitterrand das Wort hatte!⁹ (Übersetzung NB)

⁹ Originaltext: „M. François Mitterrand. Mais, vous le savez bien, ce qui a été possible au retour de M. le Premier ministre, l'était vendredi dernier ; et si vous l'aviez accompli nous aurions fait l'économie d'une émeute ! (*Vifs applaudissements sur les bancs de la fédération de la gauche démocrate et socialiste et du groupe communiste. — Protestations sur les bancs de l'union des démocrates pour la V^e République.*)

Voix nombreuses sur les bancs du groupe de la fédération de la gauche démocrate et socialiste. Démission ! Démission !

M. Marc Récent. On se croirait à Nanterre !

[...]

M. le président. La parole est à M. le ministre de l'intérieur.

*Nombreuses voix sur tes bancs de la fédération de la gauche démocrate et socialiste. Démission ! Démission ! (*Vives exclamations sur les bancs de l'union des démocrates pour la V^e République.*)*

Hier wird deutlich, dass sich Sozialisten und Gaullisten im Parlament im Hinblick auf ihr Selbstverständnis auf zwei Wertekonstellationen beriefen. Während die FGDS-Parlamentarier die Gegenüberstellung von demokratiefeindlichen Gaullisten auf der einen, sich für Demokratie und Mitbestimmung einsetzende Sozialisten auf der anderen Seite betrieben, bemühten die Gaullisten ihrerseits die Denkkategorien Ordnung und Stabilität vs. Chaos und Unsicherheit.

Trotz Doppeldeutigkeiten bei den SPD-Abgeordneten in ihrem Diskurs über die Jugend¹⁰ zeigten sie und ihre französischen Kollegen sich in der Regel als Unterstützer der Jugend. Bedingt durch ihre internen Funktionsweisen unterschieden sich jedoch in beiden Fraktionen Worte und Taten. Der innere Aufbau beider Fraktionen beruhte auf der Erfahrung und dem Dienstalder in der Partei, was zu einer hierarchischen Struktur führte, die in einem Spannungsverhältnis zu den Forderungen nach mehr Horizontalität stand, die sich die 68er zu eigen gemacht hatten. Der Politikwissenschaftler Maurice Duverger wies schon Ende 1966 in der Tageszeitung *Le Monde* auf die Diskrepanz zwischen einer jünger

werdenden Gesellschaft und alternden Kandidaten der FGDS hin¹¹. Er beschrieb, wie die wenigen jüngeren Kandidaten in Wahlkreisen landeten, in denen die FGDS keine Siegchancen hatte. Sehr kritisch wirkte Duvergers Artikel, indem er die Unfähigkeit der FGDS betonte, sich bei der personellen Rekrutierung gegenüber gesellschaftlichen Gruppierungen zu öffnen. Die bei älteren Politikern zu beobachtende Tendenz zum Erhalt von Schlüsselämtern, insbesondere im Parlament, lässt sich in der SPD bestätigen, wenn man sich mit dem Beispiel von Günther Müller auseinandersetzt, der 1965 im Alter von 31 Jahren SPD-Bundestagsabgeordneter wurde. In seinem Ende 1966 veröffentlichten Aufsatz „Erfahrungen eines jungen Abgeordneten“ beschrieb er seine anfängliche Begeisterung, die sich schnell in eine gewisse „Ernüchterung“ umwandelte¹². Müller kritisierte die „Zaunkönige“, die – einer nach dem anderen – eine Vorlesung im Plenum halten würden¹³. Auch wenn 1965 im Bundestag mehrere jüngere Abgeordnete auftauchten, bedeutete dies nicht, dass sich die Machtverhältnisse innerhalb der Institution änderten. Die Steuerung der Fraktion sei in der Regel bei den älteren und erfahreneren Parlamentariern geblieben.

Daraus folgte eine Diskrepanz zwischen dem theoretischen und diskursiven Verhältnis der Abgeordneten zur Jugend und deren Taten. Aufgrund der politischen Kultur der Abgeordneten und deren Anhänger konnten sie nicht anders, als die Demonstranten zu verteidigen,

M. Pierre-Charles Krieg. Les enrages à Nanterre !
 M. le président. Je demande à l'Assemblée d'écouter tous les orateurs dans le calme.
 M. Michel Dreyfus-Schmidt. Il fallait dire cela quand parlait M. Mitterrand."
 Quelle: Französische Nationalversammlung – 3. Wahlperiode – Plenarsitzung am 14.5.1968 (1. Sitzung) [online]. Plenarprotokoll Nr. 29, Jahrgang 1968 [17.8.2019] – URL: <http://archives.assemblee-nationale.fr/3/cri/1967-1968-ordinaire2/022.pdf> – S. 1775.

¹⁰ Vgl. Dubois, Mathieu. *Génération politique : les „années 68“ dans les jeunesse des partis politiques en France et en RFA*. Paris: PUPS, 2014, S. 182.

¹¹ Duverger, Maurice. „Jeunes cadres et vieux candidats.“ *Le Monde*, 14.12.1966.

¹² Müller, Günther. „Erfahrungen eines jungen Abgeordneten“ In: Hereth, Michael (Hrsg.). *Junge Republik. Beiträge zur Mobilisierung der Demokratie*. München: Günter Olzog Verlag, 1966, S. 56.

¹³ Ebd., S. 58.

wobei diese Feststellung bei den SPD-Abgeordneten aufgrund ihrer Regierungsbeziehung seit 1966 differenziert werden muss. In Frankreich boten die Massendemonstrationen den FGDS-Abgeordneten eine Möglichkeit zur Selbstlegitimierung als Opposition zu den Gaullisten. Das Beispiel der 68er-Bewegung zeigt, wie die FGDS-Fraktion ihre Rolle als Opposition verinnerlicht hatte, was sie dazu bewog, die protestierende Jugend diskursiv ausdrücklich zu unterstützen, ohne jedoch ihre eigene Praxis als parlamentarischer Apparat infrage zu stellen. So ermunterte sie die Jugend zur Teilnahme am politischen Leben, ohne deren Aufstieg in die eigenen Reihen zu unterstützen. Allerdings bedeutete die mangelnde Reflexivität der eigenen Praxis nicht, dass die 68er-Bewegung keinen Anlass zu Überlegungen über das Wesen des Parlaments bot, was ich abschließend erläutern möchte.

3. Die Abgeordneten und der Platz des Parlaments im demokratischen Prozess

Die Kritik an der gaullistischen Macht war keine Erfindung der 68er-Bewegung. Schon in den Jahren vor den Protesten verfassten wichtige Vertreter der FGDS bzw. der Sozialisten Werke, die den Vorrang der Exekutive zuungunsten des Parlamentes an den Pranger stellten. François Mitterrand, Vorsitzender der FGDS, kritisierte zum Beispiel 1964 den „*coup d'État permanent*“ (Der ständige Staatsstreich)¹⁴ in Form der Fünften Republik aufgrund der breiten Befugnisse, über die der Präsident verfügte. 1967 schrieb der Abgeordnete André Chandernagor das Buch *Un*

*Parlement, pour quoi faire?*¹⁵ (Ein Parlament, wozu?), in dem er die zeitgenössische Verringerung der Macht des Parlaments schilderte, die er sowohl als Folge der Verfassung der Fünften Republik als auch als Symptom eines internationalen Trends identifizierte. Chandernagors Feststellungen boten ihm Anlass zu einer Betrachtung der Rolle der Opposition, der er angehörte. Gedanken über die Art und Weise, wie man über das eigene Tun kommunizieren sollte und wie die Öffentlichkeit auf die Beiträge der Abgeordneten reagieren könnte, wurden dabei artikuliert¹⁶. Im Mai 1968 fasste der Abgeordnete Fernand Darchicourt das Anliegen der FGDS treffend zusammen, nämlich nicht den Eindruck zu vermitteln, dass die Abgeordneten an der Sache nicht beteiligt seien¹⁷. Dabei erklärte er, dass der systematische Rückgriff auf Misstrauensanträge, die die FGDS regelmäßig – wie auch im Mai 1968 – einbrachte, keine Lösung sei. Diese zeigten nämlich, dass die FGDS den Kampf auf dem parlamentarischen Gebiet verloren hätte. Die Herausforderung für die FGDS-Parlamentarier bestand daher nicht allein darin, in den Debatten der Nationalversammlung die streikenden Studenten und Arbeiter zu verteidigen, sondern auch neue Kommunikationsmodi jenseits von Misstrauensanträgen zu finden, um nicht länger als schwache Opposition zu erscheinen.

Überlegungen zur parlamentarischen Kommunikation finden sich ebenfalls in der Bundesrepublik. Man konzentrierte sich dabei vor allem auf die Plenarsitzungen, die explizit an

¹⁴ Mitterrand, François. *Le coup d'État permanent*. Paris: Plon, 1964.

¹⁵ Chandernagor, André. *Un Parlement, pour quoi faire?* Paris: Gallimard, 1967.

¹⁶ Ebd., S. 80.

¹⁷ FNSP, CHSP, Fonds Groupe parlementaire socialiste, GS 20, Fraktionssitzung am 28.5.1968.

die Öffentlichkeit gerichtet sind. Eine „Arbeitsgemeinschaft Parlamentsreform im Deutschen Bundestag“, in der der SPD-Bundestagsabgeordnete Hugo Collet mitwirkte, wurde 1968 gegründet. Dabei spielten junge Abgeordnete aus allen Fraktionen eine gewichtige Rolle. Jenseits der Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen wünschten sie sich eine „Änderung des parlamentarischen Arbeitsstils, um die Volksvertretung wieder ‚durchsichtiger‘ werden zu lassen“¹⁸. Die Abgeordneten sehnten sich nach einem Bruch mit der bisherigen Praxis in den Plenarsitzungen, die sich wegen der Neigung etlicher Abgeordneter zum Monologisieren oft in Vorlesungen verwandelten. Diese Bemühung der Metapher der „Vorlesung“, die in Berichten und Zeitungsartikeln oft verwendet wurde¹⁹, scheint mir wichtig im Kontext der 68er-Bewegung. Die Kritik am Format der Vorlesung gehörte zum Protestkatalog der demonstrierenden Studenten, die von einer hierarchischen Form der Lehre Abschied nehmen wollten. In dieser Hinsicht erscheint mir die Übernahme des „Vorlesung“-Begriffs nicht neutral und ich deute sie als eine Übertragung des Protestes aus dem universitären Bereich auf das Parlament als Feld im Bourdieu'schen Sinne²⁰. Obwohl diese Klagen schon in den früheren Jahren in der Öffentlichkeit artikuliert wurden, gewannen sie bei dieser Gelegenheit an Suggestivitätspotenzial. Interes-

¹⁸ „Friß oder stirb.“ *Der Spiegel*, Nr. 33/1968, 12.8.1968.

¹⁹ Vgl. u.a. „Friß oder stirb.“ *Der Spiegel*, Nr. 33/1968, 12.8.1968; Dahrendorf, Ralf. „Fällig: Reform des Bonner Systems.“ *Die Zeit*, Nr. 50/1967, 15.12.1967.

²⁰ Vgl. Bourdieu, Pierre. „La représentation politique. Éléments pour une théorie du champ politique.“ *Actes de la recherche en sciences sociales*, Bd.36-37, Feb./März 1981, S. 3-24.

santerweise wurde der Vorschlag des CDU-Abgeordneten Hans Dichgans, die Redezeit im Plenum zu verkürzen²¹, vom Fraktionsvorstand und von der Mehrheit der SPD-Abgeordneten kritisch aufgenommen²², obwohl er sich mit den Forderungen von Collet und seinen jungen Kollegen deckte. Die Verkürzung der Redezeit würde zu einer zu starken Reglementierung des Parlaments führen und die Tatsache ausblenden, dass bestimmte Themen mehr als fünfzehn Minuten Redezeit – so die erwogene Dauer – erforderten. An dieser Stelle legten die SPD-Bundestagsabgeordneten den Fokus auf die Technik und die praktische Organisation des Hauses und ließen die symbolische Dimension dieser Maßnahme in ihrer Argumentation unberücksichtigt. Hier zeichnete sich eine Diskrepanz zwischen Fraktionsführung bzw. langjährigen Parlamentariern und jüngeren Abgeordneten innerhalb der Fraktion ab, die nach mehr Reformen strebten.

Obwohl das Parlament in der Bundesrepublik nicht so unterminiert wie in Frankreich wurde, geriet es in jener Zeit ebenfalls in die Krise. In einem Artikel, der im Januar 1968 in der Wochenzeitung *Die Zeit* veröffentlicht wurde²³, sammelte Eugen Kogon Eindrücke von mehreren Abgeordneten zu den „gesellschaftlichen Ursachen parlamentarischen

²¹ Vgl. u.a. Deutscher Bundestag – Drucksachen und Plenarprotokolle des Bundestages – 1949 bis 2005 [online]. [Berlin]: Deutscher Bundestag. [17.8.2019]. Drucksache Nr.: 05/2343 vom 4.12.1967 – URL: http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/05/023/050234_3.pdf

²² Archiv der sozialen Demokratie, SPD-Bundestagsfraktion, 5. WP, 89. Fraktionssitzung am 26.3.1968

²³ Eugen Kogon, „Gesucht: eine politische Klasse.“ *Die Zeit*, Nr. 04/1968, 26.1.1968.

Versagens“, die diese Krisenwahrnehmung bestätigen. Günter Müller, von dem bereits die Rede war, sprach „von der verhältnismäßig schwachen Stellung des Parlaments in unserer Demokratie“, und sein SPD-Kollege Hans Apel betonte die „bloß[e] Notarfunktion“ des Bundestags, wobei er hinzufügte, dass diese Krise 1968 nicht plötzlich auftauchte. Obschon der Diskurs über die Schwäche des Parlaments in Frankreich höher im Kurs schien, sah sich sein deutsches Pendant mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Die Entstehung der außerparlamentarischen Opposition versinnbildlichte auch die Defizite des deutschen Parlamentarismus und warf – genau wie in Frankreich – die Frage der Legitimität der Volksvertreter auf²⁴. In jener Zeit entstanden Texte von mehreren SPD-Bundestagsabgeordneten – aber nicht nur! –, die eine demokratie- bzw. parlamentarismustheoretische Dimension hatten, ähnlich wie Chandernagors Beitrag. Ihr Ziel bestand oft darin, den demokratischen Charakter der Meinungsbildung innerhalb der Fraktion und der Beratungen im Bundestag zu unterstreichen²⁵ sowie auf theoretische Lösungen zur Verbesserung des parlamentarischen Systems

²⁴ Vgl. auch Philipps, Robert. *Sozialdemokratie, 68er-Bewegung und gesellschaftlicher Wandel 1959–1969*. Baden-Baden: Nomos, 2012, S. 212–213.

²⁵ Vgl. u.a. Hirsch, Martin „Diktatur des Establishments? Zur Willensbildung in der Fraktion.“ In: Rausch, Heinz Volker; Oberreuter, Heinrich; Hübner, Emil (Hrsg.). *Der Bundestag von innen gesehen. 24 Beiträge*. München: R. Piper, 1969, S. 83–93. Junghans, Hans-Jürgen. „Mitbestimmung.“ In: Ehmke, Horst (Hrsg.). *Perspektiven. Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den siebziger Jahren. Erläutert von 21 Sozialdemokraten*. Reinbeck: Rowohlt, 1969, S. 128–129.

hinzuweisen²⁶. Allerdings erscheinen diese Gedanken zum Selbstverständnis des Parlaments in beiden Ländern als systemintern. Obwohl der Wille zur Öffnung des Parlaments öffentlich proklamiert wurde, blieben diese Gedanken oft auf der Ebene der technokratischen Reform und der Legitimierung des eigenen Handelns. In dieser Hinsicht verharrten die Abgeordneten, vor allem diejenigen aus der älteren Generation, in relativer Distanz zu den Forderungen der 68er-Bewegung nach mehr *participation*. Eine Diagnose, die Chandernagor 1967 gestellt hatte, ist hier wichtig: Der FGDS-Abgeordnete stellte in seinem Text die Entstehung von anderen Akteuren außerhalb der parlamentarischen Bühne fest: organisierte Bürger, Vereine, die zu Konkurrenten der Abgeordneten bei der Ausübung der Volksvertretung wurden²⁷. Obgleich im Kontext der 68er-Bewegung Bürgerinitiativen, Treffen von Studenten und Arbeitern usw. entstanden, blieb das Parlament selbstreferenziell, und anstatt die Existenz dieser anderen Formen der Repräsentation zu reflektieren, nahm es sie als externe Gegenstände wahr, was zwangsläufig zu einer Verschärfung der Gegensätze zwischen Straße und Parlament führen musste.

Abschließend ist festzuhalten, dass die 68er-Bewegung als Prüfstein für die SPD- und FGDS-Abgeordneten fungierte. In dieser Krisensituation kam es auch zu Überlegungen im Parlament. Sie dienten der Bestätigung des

²⁶ Vgl. u.a. Schäfer, Friedrich. *Der Bundestag. Eine Darstellung seiner Aufgaben und seiner Arbeitsweise*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1967. Schmitt-Vockenhausen, Hermann. „Zum Selbstverständnis des Parlaments.“ In: Gleisner, Alfred; Hensel, Horst (Hrsg.). *Republique en miniature: eine Schrift für Alfred Gleisner. Programme, Analysen, Tatbestände; Bd. 3*. Köln: Grote, 1974, S. 35–45.

²⁷ Chandernagor, André. op.cit., S. 113.

eigenen Kurses für die FGDS, die sich als Opfer der gaullistischen Macht inszenierte und versuchte, von diesem Status des „demokratischen Opfers“ zu profitieren, um sich den Demonstranten der 68er-Bewegung anzunähern. Die SPD-Bundestagsabgeordneten ihrerseits schwankten zwischen Verständnis den Demonstranten gegenüber und relativer Strenge als Mitglieder der Großen Koalition. Alles in allem hat die 68er-Bewegung beiden Fraktionen ermöglicht, sich in ihren prototypischen Rollen zu entfalten: als radikale und virulente Opposition zur Regierung bei der FGDS und als verantwortungsethische, regierungsfähige Gruppe bei der SPD. Wenn sie beide die Themen der 68er-Bewegung aufgegriffen haben, haben sich die Fraktionen jedoch als unfähig erwiesen, die radikalen Forderungen der Demonstranten in die Realität umzusetzen. Das Parlament blieb ein Raum des Möglichen, wo viel und hart debattiert wurde, ohne zu radikalen Umbrüchen zu führen. In dieser Hinsicht führte die Krisenzeit in beiden Fraktionen zu einer Stabilisierung der eigenen Rolle im Parlament, anstatt die bestehenden Machtverhältnisse zu erschüttern. Die Auflösung der französischen Nationalversammlung durch De Gaulle Ende Mai 1968 nach dem Scheitern des Misstrauensantrags der FGDS bestätigte, dass die FGDS-Abgeordneten nicht in der Lage waren, eine breite Zustimmung zu wecken und die Desiderate, die sich auf der Straße herauskristallisiert hatten, zu verkörpern und zu verwirklichen²⁸.

Zitation:

Nicolas Batteux: Die 68er-Bewegung mitten im Parlament: Selbstverständnis der französischen und westdeutschen Abgeordneten als Verkörperung der Demokratie am Beispiel der Sozialisten und Sozialdemokraten (1967–1972), in: HEUSS-FORUM 2/2019, URL: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_2_2019.

²⁸ Vgl. Bantigny, Ludivine. 1968. *De grands soirs en petits matins*. Paris: Seuil, 2018, S. 357.